

Gelingens. Die Ansiedlung durch speculative Gesellschaften taue zu Nichts; er verweist auf das Schicksal der Dom Pedro'schen Deutschen-colonie in Petropolis 10 St. von Rio, die im Aussterben begriffen sei. Die freie und individuelle Kolonisation werde am leichtesten den vier Bedingungen des Gelingens einer Kolonie gerecht: 1) junge, kräftige Ansiedler, 2) nicht blos fruchtbarer, sondern auch leicht zu urbarender und leicht in Verbindung zu sezender Boden, 3) ein naher Markt mit Strassen dahin, 4) die wohlfeilste Production für diesen Markt. Was den Punkt 2 betrifft, so bestätigt Mannequin aus Erfahrung für Südamerika, was Carey für Nordamerika behauptet, dass keineswegs der natürlich fruchtbarste Boden zuerst in Angriff genommen werde; öde, sandige Punkte treffe man in Chili, Peru u. s. w. wenige Stunden vom Schatten der üppigsten Vegetation zuerst besiedelt. Die Pampas schildert er als grosse Oeden. Die ökonomische Hauptbedingung des Gedeihens der Colonie sei leichte und wohlfeile Verbindung mit einem Markte. Von der neueren Zufuhr der indischen und chinesischen Kuli erwartet er nichts Gutes für das neuspanische Gebiet; wenn mit den Contracten die verdeckte Slaverie zu Ende sein werde, werde man eine Bevölkerung haben, welche weit weniger als die Europäer die moralische Fähigkeit zum freien Ansiedlerleben besitzen werde.

Schäffle.

Das Journal des Economistes vom October 1863—März 1864.

Das Octoberheft 1863 beginnt mit einem Auszug aus Reybauds Artikel „Industrie“ in Blocks *dictionnaire général de la politique*. — Hieran reiht sich eine Untersuchung von Th. Mannequin über das „französische Münzsystem, seine Vortheile, Unzuträglichkeiten und Gefahren.“ Nach einigen allgemeinen Erörterungen über Begriff von Werth und Geld und über die rationellen Anforderungen an ein Mass erörtert er die Vortheile und Bedenklichkeiten des gegenwärtigen französischen Münzsystems. Was die letzteren betrifft, so beklagt er es, dass man zur Zeit der Gründung des Systems dem eingelebten „Livre“ zu lieb mit einem Franks die Münzeinheit zu klein angenommen habe; das 10 Fr. Stück wäre die natürliche Einheit gewesen. Die „Gefahr“ findet er, wie natürlich, im Doppelwährungssystem, welches es dahin bringe, dass man gar keinen festen Werthmesser mehr habe, und dass die im Königreich Italien und in der Schweiz neuerdings (Uebergang zur Goldwährung) als Scheide-

münze (unter $\frac{9}{10}$ fein) ausgeprägten Silberfrancs in den französischen Verkehr stark eindringen; Staaten von gleichem Münzsystem, meint er, sollten nur zusammen Aenderungen vornehmen dürfen, was aber nur die Schwierigkeit, bez. die Gefahr einer internationalen Münzeinheit derzeit illustriert. Den Uebergang zur einfachen Goldwährung billigt zwar der Verfasser; aber in dem Wege der Ausprägung des Silberfrancs zu $\frac{8.55}{1000}$ statt zu $\frac{9.00}{1000}$ fein (5 Gramm Schrot) ausgeführt scheint ihm die Massregel Verwirrung und Täuschung über das Verhältniss zum alten Franken (Courant) herbeiführen zu müssen. Die Abstraction eines zweierlei Währungen entsprechenden Francs würde noch länger gefristet werden. — Ein Bericht von Block über den statistischen Kongress in Berlin ist für den deutschen Leser ohne Interesse. — Ein Referat der Fräulein Clemence Auguste Royer, welche als Nationalökonomin starken Antheil an der Zeitschrift und dem Pariser Oekonomistenverein nimmt, ergeht sich über die zweite Session des internationalen Kongresses für Socialwissenschaften in Gent. Die Verfasserin macht im Eingang die Bemerkung, dass die Kongresse vielleicht viel der Agitation, Nichts der Wissenschaft nützen; es sei ihr „peinlich“ gewesen, wahrzunehmen, wie dieselben Leute den entgegengesetzten Ansichten applaudirt haben. Mit Achtung spricht sie von den Sectionssitzungen. In derjenigen über Gegenstände der Gesetzgebung war die Stimmung überwiegend für Abschaffung der Todesstrafe. Auch der Wunsch für wechselseitige Vollstreckung der Urtheile zwischen den Staaten wurde ausgesprochen und eine Kommission mit der Berichterstattung beauftragt. Blokade- und Priserecht im Seekrieg wurden allgemein als inhuman verurtheilt, ebenso alle Reste einer Gesetzgebung, welche den Fremden nachtheiliger behandelt, als den Staatsunterthan. Bemerkenswerth ist der Gedanke einer internationalen Gleichheit des Wechselrechtes, welcher in dieser Section verhandelt wurde. — Nicht weniger als zwanzig Redner sprachen in der zweiten Section für und gegen die Staatseinmischung in den Unterricht. Die Skizze dieser Discussion bietet für rechtsrheinische Leser nicht wegen des fraglichen Principis, sondern höchstens wegen der Stellung der romanisch-katholischen Welt über dem Rhein zu jener Principienfrage, einiges Interesse. — Die Sitzungen der 3. Section über Kunst und Litteratur interessiren den Gesichtskreis dieser Zeitschrift nicht, und waren allem Anschein nach vag in Stoff und Behandlung. — In der 4. Section über Wohlthätigkeit und Gesundheitspflege übten der Vortrag der Frau von

Combrugge, welche auch sonst auf diesem Gebiet agitirt, über Krippen, namentlich aber Jules Simon's über die Reform der Arbeiterwohnungen, mit besonderer Rücksicht auf Mühlhausen, allgemeinere Anziehungskraft aus. Die 5. Section über politische Oekonomie debattirte mehrere Tage über die Arbeitergenossenschaften. Die Meinungen gruppirten sich hinsichtlich der Bedeutung dieser Erscheinung und hinsichtlich der Staatsunterstützung für sie in zwei Lager, ähnlich der Gruppierung der Schulze'aner und Lassalle'aner in Deutschland; auf beiden Seiten ziemlich viel einseitiger Eifer. Herz und Boulton machten darauf aufmerksam, wie die individuelle Initiative doch immer die Hauptform der Unternehmung bleiben werde; Garnier Pagès betonte, was der Enthusiasmus für das *cooperative movement* auf dem Gebiete der Fabrikation zu leicht übersehe, dass die Schwierigkeit der Genossenschaftsfabrikation in der Frage der Direction und des Ansatzes der Lohn- und Gewinntheilung beruhe. — In der Plenarsitzung wurde das Parade Pferd der Freihandelsfrage getummelt; Ross und Reiter waren übrigens, wie Fräul. Royer bekennt, matt. Wolowski machte hierin, wie in der Frage der Zettelbankfreiheit einigermassen den Opponenten; wo kein Widerspruch, ist kein Leben. Nach fünf-tägigen Verhandlungen gieng der Kongress auseinander, um im J. 1865 in Amsterdam seine 3. Sitzung zu halten.

Neben obigen Arbeiten steht Bénard's trockene, aber instructive Arbeit über die Frage der französischen Zuckerbesteuerung (fortgesetzt im Dezemberheft). Seit 1814 hat die französische Zuckerbesteuerung durchschnittlich alle 2 Jahre gewechselt; Bénard giebt eine schätzbare geschichtliche Uebersicht dieser Aenderungen. Mit der Epoche der neueren Handelsreform, wurde durch die Geseze vom 23. Mai 1860 und 16. Jan. 1861, die Zuckersteuer bedeutend ermässigt, das System verschiedener Typen (Feinheitgrade) abgeschafft, ebenso der Aufschlag auf fremden Zucker unter französ. Flagge, und unter dem 24. Juni 1860 wurden fremde Zucker unter fremder Flagge der Rückvergütung bei Ausfuhr nach erfolgter Raffinirung theilhaftig. Die Folge war, dass der Zuckerverbrauch stieg (von 185 Mill. Kilogr. 1859 auf 235 Mill. K. 1861), und die Raffinerieen in höchsten Flor kamen. Aus Finanzrücksichten erhöhte das Finanzgesez von 1862 die Steuer wieder um 12 Fr. pr. 100 Kilogr. für alle Zuckerarten. Eine stärkere Reaction gieng aus den Handelskreisen selbst aus. Die freiere Zulassung fremder Zucker unter fremder und französ. Flagge erzeugte im Zusammentreffen mit der Ablenkung des Cubazuckers vom amerikanischen auf den euro-

päischen Markt eine Ueberführung von Nantes, Havres und Bordeaux. Nun begann von daher eine Agitation für das alte System. Die Seehäfen gaben sich den einseitigsten Forderungen hin, die Colonieen verlangten dagegen gleichen Eingang ihres Zuckers in Frankreich unter jeder Flagge, die Rübenzuckerfabrikanten Rückvergütung für ihre Raffinade in der Ausfuhr. So wurde von 1862 an die Zuckerfrage in Broschüren, Zeitungen, Petitionen auf jede Weise ventilirt. Die Regierung bereitete in Folge einer Enquête und einer internationalen Commissionsberathung (s. nächstes Heft) einen neuen Gesetzesentwurf vor. Dieser will das Typensystem wieder einführen, aber in Gestalt der holländischen Nummernabstufung. Ob dieser Entwurf Gesetz wird, steht dahin. Mit dem Wiederaufschlagen der Zuckerpreise ist die ganze Agitation mit Einem Mal verstummt. Eine Konjunctur ausserhalb des Bereiches der Gesetzgebung regte sie an, eine eben solche brachte sie zum Schweigen. Ein Fingerzeig für Umsicht in der Handels- und Steuergesetzgebung.

Bemerkenswerth in demselben Heft ist ein Brief Carey's aus Philadelphia (30. Aug. 1863), worin er sich gegen die Auslegung seines Werthbegriffes in Garnier's (wenig gelungenem) Excurs über den Werth (Märzheft 1863) beschwert. Carey definirt bekanntlich den Werth „als das Mass des Widerstandes, welcher zur Erlangung der erforderlichen Befriedigungsmittel zu überwinden ist, beziehungsweise als das Mass der Macht der Natur über den Menschen.“ Carey trifft in Einigem mit der Grundanschauung überein, welche Referent ¹⁾ über den Werth entwickelt hat, weist namentlich nach, dass der Werth nicht erst im Tausch entstehe, präexistent vor dem Verkehre sei. Allein darin dürfte seine Definition fehlgehen, dass sie den Begriff mit dem durchschnittlichen Hauptbestimmungsgrund des Werthes vermischt. Am angegebenen Ort haben wir darauf hingewiesen, dass der Werth während des Laufes des Gutes von der Entstehung bis zum Verbrauch verschiedenen Einflüssen unterliegt und deshalb weder mit der Arbeit, die das Gut gekostet hat (Produktionskosten), noch mit derjenigen, die das Gut jetzt kosten würde (Reproduktionskosten), streng zusammenfällt, abzusehen vom Werth concreter Güterquantitäten, welche je nach der Qualität der persönlichen oder unpersönlichen „Productivfactoren“ (Grundrente, Rente) sehr verschiedene Arbeit bei gleichem Werth in sich schliessen.

1) Die ethische Seite der nationalökonomischen Lehre vom Werth, akadem. Programm, Tübingen Sept. 1862.

Das Novemberheft beginnt mit einer Abhandlung Horns über Cooperativassociation (Fabrikgenossenschaft der Arbeiter) und über volkstümlichen Kredit. Im ersten Theil der Abhandlung kehren die Betrachtungen wieder, welche aus Anlass des Schulze-Lassalle-Streitens in Deutschland schon zuvor vielfach angestellt worden sind; Horn stellt sich ganz auf Seite Schulze's gegen den „perfiden Lassalle¹⁾“, welchen er übrigens nicht genau gelesen zu haben scheint. Er führt übrigens aus, was in Deutschland (von uns z. B. im Juliheft der d. V.J.Schr. 1863) gegen Lassalle eingewendet worden ist, dass die Fabrikationsgenossenschaft eine beschränkte Anwendbarkeit je nach Entwicklung der Arbeiterbildung und der Art der Geschäfte (z. B. Bergbau, Handel u. s. w.) habe und keineswegs Universalmittel der Socialreform sei. Auch stellt er passend die statistische Thatsache hervor, dass Frankreich überhaupt nur 585⁰/₁₀ der Bevölkerung in der Gross-, 2183⁰/₁₀ dagegen in der Kleinindustrie, fast alles Uebrige im Ackerbau beschäftige; gegenüber den Schreckbildern einer allerschlingenden „Decapitalisirung“ der Masse durch das „Grosskapital“ ist es gut, diese Verhältnisszahlen sich einzuprägen. Der übrige Theil der Abhandlung soll Batbie's 1863 von der Academie gekrönte Schrift „*les institutions de crédit populaire*“ einführen. Die Erörterung läuft auf eine Darlegung der Schulze'schen Kreditorganisation hinaus, welcher das verdiente Lob gesendet wird. Interessant ist es zu erfahren, dass unter dem Namen „*Société du crédit au travail*“ seit 1. Oct. 1863 eine Volksbank nach Schulze'schem Muster für die Pariser Arbeiterfabrikgenossenschaften bestehen soll; letztere existiren nämlich seit 1848 fort, und haben, nachdem sie mit 45495 Fr. Kapital angefangen, jezt ein Kapital von 1,116,600 Fr. und einen Umsatz von 3,395,000 Fr.; es sind im Ganzen 346 Arbeiter, 20—25 auf jede Genossenschaft. (Nach einer Angabe Villiaumé's in der diesem Gegenstand gewidmeten Sitzung der Pariser Gesellschaft vom 5. Dez. 1863 bestanden 1851 150 Pariser Cooperationen, welche in Folge von Denuntiation der Concurrenten u. s. w. auf 23 herabgekommen seien.)

1) An einer andern Stelle nennt er ihn den „demagogischen Seiden des absolutistischen Ministerpräsidenten.“ Wir haben wahrlich keinen Grund, Lassalle, der uns unbekannt ist, zu vertheidigen, allein solche Unterstellung ist eine Erfindung, wie Jeder annehmen muss, welcher in Lassalle's schon 1861 erschienenem und tief angelegten „System der erworbenen Rechte“ den neuerdings von ihm verfolgten Standpunkt wahrgenommen hat. Auf Unkenntniss der Litteratur beruhende „persönliche“ Bemerkungen stehen wissenschaftlichen Zeitschriften besonders schlecht zu Gesicht.

Obige Angabe macht Beluze, der Gründer der erwähnten Volksbank. Die letztere nimmt keine Geschenke, weder von Privaten, noch vom Staat. Auch Horn erkennt es als Signatur des Oekonomisten zum Staat überall zu sagen: „Geh mir aus der Sonne!“ Wir fürchten, diese Staatsanschauung wird noch, alle Verdienste der im Journal vorherrschenden liberalen Oekonomisten in Ehren gehalten, als etwas diogenisch hervortreten. Horn und wie es scheint auch Batbie empfehlen den Volkskredit als Mittel zur Anschaffung verbesserter Werkzeuge und als Mittel besserer Gewerberziehung der Söhne. Interessant in ersterer Beziehung ist die Anführung, dass in der Lyoner Seidenindustrie der *chef de l'atelier*, welcher den Webstuhl besitzt und leiht, 5—600 Fr. mehr verdient, als der neben ihm arbeitende „*compagnon*“ oder Arbeiter ohne Webstuhl. — Eine andere Anzeige, von R. de Fontenay, ist der verdienstlichen neuen (3.) Ausgabe bez. Fortsetzung von Watteville's *législation charitable* (1790—1863) gewidmet.

In einer weiteren Abhandlung tritt der Chef der administrativen Statistik Frankreichs Legoyt dem (auch in Deutschland weit verbreiteten) Vorurtheile einer physischen Entartung der französischen Bevölkerung entgegen. Was Sterblichkeit, mittlere Lebensdauer u. s. w. betrifft, zeigt Frankreich meist günstigere Verhältnisse als andere europäische Länder. Da Wappäus (Bevölkerungsstatistik) in Deutschland diess gewiss noch unbefangener als Legoyt hervorgehoben hat, so interessirt uns die Ausführung nicht weiter.

Im Dezemberheft unterwirft zuerst Ambroise Clement Macleods nationalökonomische Theorien vom Begriff der Nationalökonomie, vom Werth, Kapital und Kredit einer Kritik, aus Anlass der Schrift des Franzosen Richelot (s. oben). Macleod hat das Unglück gehabt, in Richelot einen der Freunde zu finden, von denen man sagen kann, dass Einen Gott davor bewahren möge. Clement hat es daher leicht nachzuweisen, dass von einer Umwälzung der politischen Oekonomie durch Macleod keine Rede ist. Andererseits würdigt er zu wenig, was wirklich Neues und Bedeutendes an Macleod ist, namentlich in der Lehre vom Kredit. Er kennt den englischen Prätendenten einer neuen Nationalökonomie, wie es scheint, nur aus Richelots Stoppelwerk; die Kritik fällt daher weniger gründlich aus, als man sie von Clement erwarten konnte. — In einem zweiten Artikel des Dezemberheftes verbreitet sich Eduard Vignes, Verfasser eines *traité élémentaire des impôts en France* über den Mangel der Verhältnissmässigkeit in der französischen Besteuerung und sucht Reformwinke zu geben. Dieser Gegenstand ist bekanntlich auch eine *querelle allemande*

von unerschöpflichem Umfang, da fast nirgends Theorie und Praxis in so grosser Distanz von einander sind, als in der Finanz. Wie es in dieser Beziehung speciell in Frankreich aussieht, dafür giebt der erwähnte Artikel Mittheilungen, denen Referent hier näher nicht folgen kann. Die Hilfsvorschläge sind nicht eingehend behandelt. — Henri Doniol bespricht die Frage des gewerblichen Unterrichtes, welche seit der Londoner Ausstellung von 1862 ein Hauptaugenmerk der französischen Regierung ist und auch in England den Gegenstand der eingehendsten Anstrengungen bildet. Deutschland, in diesem Punkt von seinen beiden Concurrenten mit grosser Achtung angesehen, hat alle Ursache, diesen Bemühungen zu folgen, um sich nicht in praktischer Einrichtung des gewerblichen Unterrichtes überflügeln zu lassen. Schon der sechsbändige officielle französische Ausstellungsbericht von 1862 zeigt, mit welchem Interesse Frankreich hier dem Fortschritt Bahn zu brechen sucht, es hat die deutschen Anstalten durch General Morin, den Rector des *conservatoire des arts et métiers* bereisen lassen. Eine Schrift des letzteren, sowie das Circular des neuen französischen Unterrichtsministers bildet den Gegenstand der vorliegenden Besprechung und mancher sonstiger Artikel des *J. des Economistes* und anderer französischer Zeitschriften. — Von den grossen Fortschritten des gewerblichen Unterrichtes in Mühlhausen, (auch Thann, Gebweiler, Wesserling) giebt das *J. d. Econ.* in einem andern Artikel Nachricht; sie sind ein Werk des Mühlhauser Gewerbevereins (*société industrielle*), welcher ein industrielles und naturhistorisches Museum gegründet hat und jährlich für 80000 Fr. Preise austheilt. — Auch die folgende Abhandlung Courcelle Seneuil's ist eine Litteraturanzeige. Sie gilt dem in manchem Einzelnen lichtvollen Werke Mannequin's: *travail et liberté, études critiques d'économie sociale* (1863, 2 Bde.), welches oben besonders angezeigt ist. Es ist eine eigenthümliche Erscheinung, dass die Franzosen in der neuesten Litteratur den allgemeinen Begriffen eine ganz besondere Aufmerksamkeit widmen, insbesondere dem Begriff des Werthes. Ueber den letzteren setzt sich auch Seneuil mit Mannequin, Clemence, Macleod u. A. der Ansicht, den Werth schlechterdings nur als Proportion der Tauschäquivalente zu bezeichnen. Er verwirft die Präexistenz des Werthes vor dem Tausche, sowie den Gebrauchswerth; er meint gegen Carey, dass für Robinson kein Werth dagesewen, da er ihn nicht habe messen können; sein Güterbestand sei „Nützlichkeit“ gewesen. Allein für Robinson schon ist etwa Milch beim Gebrauch „werth“ gewesen, Luft, Licht u. s. w. nicht; ein Scheffel Ge-

treide ist gebrauchswerther in einer Theurung, als in einem fetten Jahr, obwohl stets von gleicher Nützlichkeit. Wenn man nur, was freilich gern durcheinander geworfen wird, Nützlichkeit und Gebrauchswerth zu scheiden versteht, wenn man den Werth überhaupt als die dem Menschen (hauptsächlich wegen der Arbeit) bewusste Bedeutung des Gutes fasst, worauf der deutsche Sprachgebrauch so entschieden hinweist, so wird man den Werth als eine selbstständige und fruchtbare Kategorie, von welcher der Tauschwerth nur die wichtigste Unterart ist, richtig würdigen, und gegen die neuere Wiedervermischung mit dem Tauschäquivalent und Preise (Sachpreis oder Geldpreis) sicherstellen. Dass das Werthbewusstsein über ein Gut erst am Tauschäquivalent ein äusseres Maass von social allgemeiner Anerkennung empfängt, ist wahr, aber darin liegt kein Grund, den Werth mit seinem Verkehrsmaass zu vermengen. Das Gut ist für den Menschen; was es diesem gilt, ist sein Werth; Werth ist primär die Bedeutung der (mit Arbeit zu erringenden ökonomischen, nicht „freien“) Güter für das wirthschaftliche Zweckbewusstsein des Menschen; danach erst bestimmen sich in der arbeitstheiligen Gesellschaft secundär die Tauschäquivalente. Je mehr Referent diese französische Litteratur über den Werth verfolgt, desto mehr findet er sich auf den Werthbegriff zurückgewiesen, welchen er a. a. O. schon 1862 im Zusammenhang mit der ganzen ethischen Natur des wirthschaftlichen Processes begründet und welchen nun auch Roscher (5. Auflage) gebilligt hat.

Im Januarheft ist bemerkenswerth eine Rede des trefflichen Baudrillart, zur Eröffnung der Vorlesungen am *collège de France*. Der Grundgedanke derselben ist, dass man den Menschen zum Mittel- und Ausgangspunkt der nationalökonomischen Betrachtung machen müsse. Baudrillart bewegt sich schon länger in seinen von edler und umfassender Bildung zeugenden Schriften in dieser Richtung. Er weist auf die Konsequenz dieses Standpunktes für die Lehre von den 3 Productivfactoren, Eigenthum, Werth, für die Arbeiter- und Associationsfrage hin. Referent d. ist erfreut, die Autorität Baudrillarts, wie Roscher's (5. Auflage § 1.), hier bis in vieles Einzelne für den Standpunkt gewonnen zu sehen, welchen er vor 3 Jahren in der Abhandlung „Mensch und Gut in der Volkswirtschaft“ vertreten hat¹⁾. Auch hinsichtlich des Verhältnisses der Begriffe Werth und Arbeit findet er hier eine erfreuliche Bestätigung seines Werthbegriffes. Baudrillart sagt (*J. des Econ.* Jan. 1864): „Wenn wir auf die Richtigkeit der De-

1) D. V. Jahresschrift 1861.

definitionen und die Schärfe der Begriffe etwas halten, so müssen wir uns hüten, die bewegende Kraft der ökonomischen Welt mit der Idee der letzteren zu verwechseln. Jene ist die Arbeit, diese der Werth, der sich an die Arbeit knüpft.“

Der nächste Artikel von Mannequin vertritt die Freiheit des Zettelbankgeschäftes gegen Zettelbankkonzessionirung und -Monopolisirung. Diese Abhandlung hat Wolowski (vom Institut) veranlasst, im Februar- und Märzheft eine Reihe namentlich bankgeschichtlich interessanter Artikel über die Frage zu veröffentlichen, welche noch nicht geschlossen sind. Gegen Wolowski ist als geharnischter Kämpfer der Zettelbankfreiheit Michel Chevalier (Märzheft) aufgetreten, nachdem dieser schon unter dem 3. und 9. Februar 1864 in Einsendungen an das *J. des Debats* das Monopol der Bank von Frankreich heftig angegriffen hatte. Diese Zettelbankpolemik, als deren Tirailleurs im Sinne der Bankfreiheit in der letzten Zeit Coqu, Audiffret, Poujard'hieu, Victor Bonnet vorangegangen waren, ist so die *cause célèbre* des Tages in der französischen Oekonomistenwelt geworden. Die Verstimmung über die springenden Discontoerhöhungen der Bank im letzten Winter, nachdem sie leichtsinnig nicht früh genug den Zügel eines erhöhten Disconto eingelegt hatte, hat von der praktischen Seite her diesen Streit angefacht, welchen wir an einer andern Stelle dieses Heftes näher berührten. (Vgl. *J. des Econ.* 1864, Febr. S. 318.) Weiter kam dazu die Frage der „Annexirung“ der savoyischen Bank, welche viel Staub aufgeworfen hat. Das Monopol der Bank von Frankreich der savoyischen Bank gegenüber ist übrigens von der fr. Regierung anerkannt worden. (Vergl. engl. *Economist* 1863, 17. Oct. Suppl.)

Weiter veröffentlicht das Januarheft eine Abhandlung oder vielmehr eine an den Senat gerichtete Petition des nationalökonomischen Publicisten Horn über die Sparkassen in Frankreich. Der äussere Anlass dieser Petition ist der Uebergang zur Tagesordnung, welcher im Senate gegen eine Petition um die Postsparkassen (*post office saving banks* nach dem englischen Gesez vom 16. Sept. 1861) stattgefunden hat. Gegenstand der Petition aber ist Besserung der bestehenden französischen Sparkassengesetzgebung. Der Verfasser weist auf die auffallende Thatsache hin, dass die Sparkassenentwicklung in Frankreich nach 1848 kaum über die Ausdehnung hinausgelangt sei, welche sie 1848 schon besass, in einer Periode, wo überall sonst die frischeste Blüthe stattgefunden habe; die Einlagen in den 450 Sparkassen waren am 1. Jan. 1862 401 Mill., am 1. Jan. 1847 hatten sie bereits 381 Mill. Francs betragen. Würde man die Kreditinstitute nach unten entwickeln, so müsste,

sagt Horn, ein guter Theil der ungefähr 5000 Millionen Fr. Metallgeld der französischen Circulation überflüssig werden. Horn findet als Gründe der Stagnation, welche man aus dem Wege räumen müsse: 1) die Bevormundung des Sparkassenwesens durch die Gemeinden, die sie allein vorschlagen und beaufsichtigen dürfen. Der Grund hievon sei die total falsche Vorstellung, dass die Sparkasse eine Wohlthätigkeits- und nicht eine Kreditanstalt (*inst. charitable*, nicht *économique*) sei; in Preussen, Italien, Oestreich, der Schweiz zeige die gegentheilige Auffassung ihre guten Folgen. 2) Die Einrichtung, dass für die Sparkassen die entgegengenommene Maximaleinlage immer mehr herabgesetzt worden sei; 3000 Fr. nach dem Gesez vom 5. Juni 1835, sei sie 1845 2000 Fr., dann 1500, endlich durch Gesez v. 30. Juni 1851 1000 Fr., und das Maximum der einzelnen Einzahlung 300 Fr. geworden. Diess sei unnatürlich, da mit dem allgemeinen Bedürfnissmass auch das Mass der Sparsummen zu- nicht abgenommen habe: nachtheilig, indem viel Kapital der Arbeiter in unsichere Anlagen, sogar in die Agiotage verführt worden sei. Daran sei nur die Staatsprotection schuldig, welche das Sparkapital über 1000 Fr. in Staatsrente verwandle. Die Staatskasse wünsche nicht grosse Summen zur Verzinsung und Auszahlung an die Sparkassen, weil sie in bewegter Zeit (1848) als schnell gekündigter Bestandtheil der schwebenden Schuld eine Verlegenheit für ihn werden können. Daher die niedrigen Maxima. Horn läugnet, dass die gezwungene Verwandlung der Sparkassengelder in Rente im J. 1848 es sei, was den Sparkassengebrauch seitdem niedergehalten habe. Möge man daher Sparkassen sich frei bilden und sie freie Kreditanstalten für die kleinen Leute selbst werden lassen. Dagegen will Horn gerne zugeben: die Forderung eines Garantiekapitals für die freien Sparkassen, regelmässige Visitation und Controle unter einer aus Beamten, Finanzleuten und Vertretern der sparenden Klasse gebildeten Centralkommission, Veröffentlichung achttägiger Geschäftsausweise. Merkwürdiger Weise hat der Gedanke, die Ersparnisse der kleinen Leute als Bankfonds des Kredites für dieselbe Klasse zu gestalten, ein Gedanke, welcher bekanntlich weder in seiner theoretischen Conception, noch in den vielseitigen Anfängen praktischer Verwirklichung Horn angehört, bei der Vorlesung der oben erwähnten Introduction Horns zu Bathies „Popularkredit“ Be-
 astandung durch Wolowski gefunden, welcher die Sparkassen als „*école primaire*“ der Kleinkapitalien, nicht als definitiven Anlageort derselben bezeichnete. (Noch bemerkenswerther war in der Academie die Skepsis Reyauds, welcher die Manufacturarbeiterverhältnisse Englands und Frankreichs in der bekannten treffenden Weise untersucht

hat, und unter den Arbeitern, wie er sie eben noch in den abschaulichen Schlafhöhlen zu Elbeuf getroffen, keinen Boden für den Horn'schen Volkskredit vorzufinden glaubte. *J. d. Econ.* 1864, p. 162.)

Das Märzheft enthält ausser dem schon erwähnten Wolowski'schen Artikel über die Zettelbankfrage ¹⁾ einen Artikel von Blaise, welcher aus Batbie's Preisschrift über den Volkskredit Mittheilungen giebt, ohne Neues darzubieten. Der Erwähnung werth ist die Bemerkung, dass die Pariser Volksbank, welche Horn als Seitenstück der deutschen Vorschussbanken angeführt hat, wesentlich andere Functionen (Beleihung von Nichtgenossen, Betheiligung bei Unternehmungen, Börsenoperationen) mit in sich aufgenommen hat, Blaise findet diess bedenklich. — Dasselbe Heft giebt den Abriss einer interessanten Discussion der Pariser Gesellschaft über die Frage: ob die Trennung der reinen und der angewandten Nationalökonomie zweckmässig sei. Für die Trennung sprachen sich aus Baudrillart, Passy, Lavergne, Garnier, dagegen Wolowski, Horn, Laboulay. Der deutschen Eintheilung wurde nicht näher gedacht.

Im Ganzen sind die sechs Monathefte des *Journal des Economistes* der Beleg eines äusserst regen wirtschaftswissenschaftlichen Lebens in Frankreich.

Schäffle.

N. Villiaumé, *nouveau traité d'économie politique*,
II. ed., 2 Tomes, Paris, 1864.

Ein Buch, welches, obwohl jetzt in zweiter Auflage erschienen, in Deutschland bisher kaum beachtet worden zu sein scheint. In dieser zweiten Erscheinung wird es um so mehr Beachtung finden, als es einen strengen Gegensatz gegen die seit der ersten Ausgabe (1857) vollends herrschend gewordene Bastiat'sche Schule in Frankreich bezeichnet und als eine Reaction gegen diese in der Vorrede sich selbst ankündigt; „lange, sagt V. p. 5 mit Bitterkeit, ist in Frankreich die politische Oekonomie zurückgegangen wegen der Unwissenheit oder Unaufrichtigkeit mehrerer ihrer Adepten, welche einigen Namen durch wechselseitige Lobhudelei (*en se prônant mutuellement*) erwarben und das Publi-

1) Ueber denselben Gegenstand hat Wolowski in „*La question des Banques*, 1864“ soeben ein besonderes Buch veröffentlicht.